

# **Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit**

5. Sitzung (öffentlich)

27. November 1995

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW

13.30 Uhr bis 16.40 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde: Beitritt der Türkei zur EG-Zollunion** 1

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten entgegen, dem sich Stellungnahmen seitens der Fraktionen anschließen.

**2 Umbenennung des Ausschusses** 3  
- auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Ausschuß beschließt einstimmig, sein Anliegen auf Umbenennung des Ausschusses im Plenum vorzutragen.

Seite

**3 Haltung der Landesregierung im Bundesrat zur Regierungskonferenz 1996**

- auf Antrag der Fraktion der CDU

3

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Ministers entgegen, dem sich eine Diskussion anschließt.

**4 Bericht über die Tätigkeit der Vertretung der EU-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland**

5

Der Ausschuß nimmt Berichte des Europaministeriums entgegen, denen sich Nachfragen der Abgeordneten anschließen.

**5 Ausschuß der Regionen**

7

Der Ausschuß nimmt Berichte des Europaministeriums entgegen, denen sich Nachfragen der Abgeordneten anschließen.

**6 Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/175

EG-Vorlagen 11/284, 11/290

9

Nach einem Kurzbericht des Innenministeriums mit anschließender Diskussion verständigt sich der Ausschuß auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion bei einer Enthaltung ansonsten einstimmig darauf, den Gesetzentwurf so auszuformulieren, daß sich jedes Geschlecht dort wiederfinden kann.

- 7 **Die Entwicklungszusammenarbeit in der 12. Legislaturperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen** 10

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Staatskanzlei entgegen, dem sich Nachfragen anschließen.

- 8 **"Nord-Süd-Zentrum Bonn"** 18

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von Staatssekretär Frohn entgegen, dem sich eine Diskussion anschließt.

- 9 **Verschiedenes** 23

Siehe Seite 23 des Diskussionsteils.

\*\*\*\*\*



vorzuhalten, sondern sich im Rahmen der Pilotprojekte des europäischen Sozialfonds zu bewegen. - Weniger erfolgreich seien die deutschen Anträge beim "Grünbuch zum Fremdenverkehr" weggekommen. Die Kommission haben verschiedene Optionen zur Verfügung gestellt. Die Deutschen hätten sich nicht durchsetzen können, den Status quo zu erhalten. Vielmehr solle die Kommission mehr als bisher tun; allerdings sollten keine neuen Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

**Ilka Keller (CDU)** unterstützt die Vorstellung, der Unterbau müsse in Zukunft präziser dargestellt werden. - Wie stehe es um das weitere Prozedere, daß der Ausschuß der Regionen einen festen Sitz in Bonn bekommen solle?

**Minister Dr. Manfred Dammeyer** kann zur Sitzfrage gegenwärtig nichts Neues mitteilen. Darüber solle erst im Zusammenhang mit neuen Konferenzen und dann, wenn es darum gehe, ein Gesamtpaket zu schnüren, lauter geredet werden. - In bezug auf Bonn seien das Land und der Bund an Kompensationen interessiert. Zum Zeitpunkt der Präsidiumssitzung während des Essener Gipfels sei die Bundesregierung gehandikapt gewesen. Sie habe sich aber auch durch einige ihrer "Angehörigen und Nachbarn" halbwegs positiv geäußert. Die Landesregierung wolle den eingeschlagenen Weg nachdrücklich weiterverfolgen. Das habe überdies auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht.

## **6 Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/175  
EG-Vorlagen 11/284, 11/290

**Ministerialrat Wittrock (Innenministerium)** erläutert, die Landesregierung wolle mit ihrem Gesetzentwurf in Nordrhein-Westfalen EG-Ausländer mit deutschen Staatsangehörigen völlig gleichstellen. Eine Einschränkung des Wahlrechts durch Optionen solle es nicht geben. - Exekutivämter blieben nicht mehr den deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Im übrigen gebe es aufgrund des aktiven kommunalen Wahlrechts ein Stimmrecht bei kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Anders als Bayern sehe Nordrhein-Westfalen vor, daß Unionsbürger von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen würden. - Schließlich enthalte der Gesetzentwurf noch einige redaktionelle Anpassungen mit Verweisen auf die Gemeinde- und die Kreisordnung.

**Erich Heckelmann (SPD)** bekräftigt die richtige Entscheidung, daß der Europaausschuß in dieser Angelegenheit mitberatend beteiligt worden sei. Namen seiner Fraktion schließe er sich der Entscheidung der SPD-Fraktion im federführenden Ausschuß an.

**Siegfried Martsch (GRÜNE)** bemängelt, der Gesetzentwurf spreche nur von "Bürgern". Von Frauen, also "Bürgerinnen", sei keine Rede.

**Ilka Keller (CDU)** äußert die konkrete Hoffnung, auch von den Formulierungen des Gesetzentwurfs berücksichtigt worden zu sein. - Generell begrüße ihre Fraktion das europäische Wahlrecht. Die Befassung des Ausschusses sei richtig gewesen. Ergänzungen zu dem, was der kommunalpolitische Ausschuß debattiert habe, gebe es von seiten der CDU-Fraktion nicht. Sie hoffe auf eine schnelle Umsetzung, zumal Ende des Jahres die Frist ablaufe und das Gesetz verabschiedet werden müsse. Die Europäer und Europäerinnen sollten dann über ihre neuen Rechte informiert werden.

**Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** schlägt vor, dem Landtag eine Formulierung des Gesetzentwurfs nahezulegen, in der sich alle wiederfinden könnten. - **MR Wittrock (IM)** weist darauf hin, daß alle Wahlgesetze noch nicht geschlechtsneutral ausformuliert worden seien und sich auf Wählerinnen und Wähler bezögen. - **Staatssekretär Frohn** macht darauf aufmerksam, die zugrunde liegende Richtlinie nehme auf diese Differenzierung keine Rücksicht. Die Problematik werde noch nicht so beurteilt, wie auf nordrhein-westfälischer Ebene. Das sei nicht in Ordnung. Es wäre wichtig, den Hinweis aufzunehmen, auch bei den europäischen Rechtsakten auf diese Ausdifferenzierung zu achten. - **Volkmar Klein (CDU)** äußert, die ausschließliche Behandlung dieses Einzelaspekts im Europaausschuß - ohne daß dabei Europaaspekte zur Sprache kämen - könne den Innenausschuß dazu bringen, in Zukunft auf eine Mitbefassung des Europaausschusses zu verzichten.

## 7 Die Entwicklungszusammenarbeit in der 12. Legislaturperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen

**Staatssekretär Frohn (Staatskanzlei)** erstattet folgenden Bericht: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Den erbetenen Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit in der 12. Legislaturperiode erstatte ich gerne, auch wenn Sie die gerade die Bezeichnung Ihres Ausschusses geändert haben. Ich bitte vor diesem Hintergrund, den Sprachgebrauch - ich habe versucht, das auf die Schnelle im Manuskript zu ändern - nicht übel zu nehmen, falls ich doch einmal von "Entwicklungszusammenarbeit" reden sollte.

Der Bericht räumt mir die Chance ein, mich bei Ihnen bekanntzumachen, und Sie können mich kennenlernen.

"Dritte-Welt"-Politik, "Nord-Süd-Politik", "Eine-Welt-Politik" sind Bereiche, die in Nordrhein-Westfalen Tradition haben. Nicht, weil die Landesregierung vorne wegschreitet, sondern weil es in Nordrhein-Westfalen so viele Initiativen und Gruppen gibt, auf deren Arbeit sich die Landesregierung gerne stützt.

In der vergangenen Legislaturperiode ist es auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik des Landes zu einem regen Austausch von Gedanken zwischen dem Landtag, der Landes-

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit  
Herrn Prof. Dr. Horst Posdorf

Büro in OWL  
Meierstraße 17  
32756 Detmold  
Tel.: 05231 390766  
Fax: 05231 390767

im Hause

privat  
Rosenstraße 8  
32657 Lemgo  
Tel 05261 15406  
Fax 05261 15406

05.10.1995 uk

### Namensänderung des Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bitte ich um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Namensänderung“ zur Sitzung am ~~27.~~ 3. November und beantrage die Veränderung in „Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik“.

Zur Begründung möchte ich folgendes anführen:

Innerhalb der Fachöffentlichkeit wird seit einigen Jahren darauf verwiesen, daß der Begriff „Entwicklung“ hinterfragt und kritisiert werden muß. Unter diesem Stichwort ist jahrzehntelang der Versuch unternommen worden, durch Steuerung und Unterstützung von technischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozessen die Länder des Südens im Sinne der Industrialisierung der Länder des Nordens zu „entwickeln“. Dieser Versuch ist fehlgeschlagen. Entwicklung -und damit auch die Entwicklungspolitik- hat nicht zwangsläufig zur Beseitigung bestehender Mißstände geführt, sondern selber häufig neue Probleme geschaffen, die heute unter ganz anderen Gesichtspunkten diskutiert werden müssen. Auch der Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“, so wichtig diese Akzentverschiebung ist, vermag nicht, die neuen, globalen Herausforderungen deutlich zu machen.

Hinzu kommt, daß der Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ nicht auf die Notwendigkeit der verstärkten Bewußtseinsarbeit hier in NRW hinweist. Die Konferenz in Rio hat aber klar zum Ausdruck gebracht, daß Veränderungen des Verhaltens hin zu einer „Nachhaltigkeit“ besonders in den Staaten des Nordens angebracht sind. Dazu ist eine noch intensivere Aufklärungs- und Bewußtseinsarbeit notwendig, die in NRW auf lokaler und regionaler Ebene ansetzen muß, um das Verständnis der globalen, „Eine-Welt“-Zusammenhänge zu fördern und in gesellschaftliches Handeln umzusetzen. „Erst wenn der gesellschaftliche Konsens darüber besteht, daß die Zerstörung der Natur beendet und die Teilung der Welt in Arme und Reiche überwunden werden muß, kann die Politik die für den Wandel notwendigen Entscheidungen treffen“ (Leitlinien der Entwicklungspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 4. Mai 1993). Die Umbenennung des Ausschusses in „Europa- und Eine-Welt-Politik“ verdeutlicht diesen Anspruch.

Mit freundlichen Grüßen

*Ute Koczy*  
Ute Koczy